

Antrag	
<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich
Drucksachen-Nr.	
Externes Dokument	

Antragsteller/in	Stv. Wilfried Klein SPD-Fraktion	Eingangsdatum
gez.	Wilfried Klein	
f.d.R.	Anke Nipkow-Stille	
Datum	22.03.2010	Unterschrift

Betreff
Anfrage zum Haushaltsentwurf

* Zuständigkeiten	1 = Beschluss 5 = Anreg. an Rat	2 = Empf. an Rat 6 = Anreg. An HA	3 = Empf. an HA 7 = Anreg. an FachA	4 = Empf. an BV 8 = Anreg. an OB
Gremium	Sitzung	Ergebnis	Z. *	
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	20.04.2010		1	

Inhalt des Antrages

Die Verwaltung legt dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen die aktualisierten und fortgeschriebenen finanziellen Rahmenbedingungen für die Haushaltsberatungen dar. Dabei ist auch darzulegen, wie der Kämmerer neu aufgetretene Haushaltsbelastungen (Personalkostensteigerungen, Zinsbelastungen, schlechterer Jahresabschluss 2009) ausgleichen will.

Darüber hinaus wird um Auskunft gebeten, wie sich im Haushaltsentwurf die Wirkung der Zweitwohnungssteuer auf die unmittelbaren Einnahmen aus dieser Steuer und die mittelbaren Einnahmeerhöhungen aus der vermehrten Zuweisungsbasis für die Einkommenssteuer (erhöhte Einwohnerzahl) auswirkt.

Begründung

Aus den Haushaltsklausuren der Fraktionen und den diversen Gesprächen mit Mitgliedern der Verwaltung ist deutlich geworden, dass sich einige Parameter des Haushaltsentwurfes zum Teil wesentlich verändert bzw. verschlechtert haben und dazu Deckungsvorschläge seitens des Kämmerers gemacht werden.

Zur Begründung der Zweitwohnungssteuer sind die mittelbaren bzw. abgeleiteten Einnahmen das entscheidende Argument. Daher sollten sie deutlich benannt werden können.

Große Anfrage	
<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich
Drucksachen-Nr.	
Externes Dokument	

Fragesteller/in	Stv. Wilfried Klein Stv. Bärbel Richter Stv. Angelika Esch SPD-Fraktion gez. Anke Nipkow-Stille f.d.R. M.-L. Simon	Eingangsdatum
Datum	Unterschrift	

Betreff
Vertrag mit Deutsche Städte Medien/heute: Ströer Out-of-Home Media AG

Gremium	Sitzung	Ergebnis
Bau- und Vergabeausschuss	15.04.2010	
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	20.04.2010	

Fragestellung

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Fragen zu beantworten:

- Gibt es bereits Verhandlungen über eine Anpassung des Vertrages mit der Ströer Out-of-Home Media AG zum 01.01.2012?
- Werden in diesen Verhandlungen z.B. auch die Möglichkeit der Bewirtschaftung und Unterhaltung von öffentlichen Toiletten-Anlagen oder Beiträge zur Stadtmöblierung angesprochen? Welche Möglichkeiten der Stadtmöblierung und innovativer Lösungen ergeben sich aus der bisherigen Zusammenarbeit mit den Vertragspartnern? Wie kann diese Zusammenarbeit weiter entwickelt werden und mit welchen Zielsetzungen?
- Hat die Stadt bei potentiellen anderen Anbietern Vergleichsangebote eingeholt oder wird sie dies noch machen?
- Sind der Verwaltung Konditionen anderer Städte bekannt, unter denen diese Werbung im öffentlichen Raum organisieren (lassen)?

- Wie viele Werbeflächen werden zurzeit gemäß des unter 1. genannten Vertrages bewirtschaftet, wie viele mögliche Werbeflächen sind laut jetzigem Vertrag noch nicht ausgenutzt?
- Welche Einnahmen wären für den städtischen Haushalt damit in den Jahren 2010 und 2011 zu erzielen?
- Welche Standorte wären für diese Werbeflächen möglich?
- Wie wird sichergestellt, dass sich die Standorte für weitere Werbetafeln ins Stadtbild einfügen?

Begründung

Der Vertrag mit der Ströer Out-of-Home Media AG ist zum 1.1.1997 in Kraft getreten. In der Beschlussvorlage vom 24.10.1996 wurde festgelegt, dass der Vertrag bis zum 31.12.2016 läuft, dass die Stadt aber eine Anpassung der Konditionen zum 1.1.2012 verlangen kann. Sollte es keine Einigung geben, besteht ein Sonderkündigungsrecht zum 31.12.2011.

Neben der Frage, ob im Vergleich zu anderen Städten das finanzielle Potenzial aus der Vergabe der Werbemöglichkeiten im öffentlichen Raum tatsächlich ausgenutzt ist, geht es bei der Überprüfung auch um die bislang ungenutzten Möglichkeiten, die Werbung mit sonstigen Dienstleistungen und Angeboten zu verbinden. Auch neue Formen der Werbung – neben Plakatflächen – sollten im Rahmen der Überprüfung erörtert werden (wie z.B. Asphaltwerbung).

Antrag	
<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich
Drucksachen-Nr.	
Externes Dokument	
Vergnügungssteuersatzung Stadt Köln	

Antragsteller/in	Stv. Wilfried Klein SPD-Fraktion	Eingangsdatum
gez.	Anke Nipkow-Stille	
f.d.R.	Frank Donner-Weyel	
Datum	23.03.2010	Unterschrift

Betreff
Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Bundesstadt Bonn (Vergnügungssteuersatzung)

* Zuständigkeiten	1 = Beschluss 5 = Anreg. an Rat	2 = Empf. An Rat 6 = Anreg. An HA	3 = Empf. an HA 7 = Anreg. an FachA	4 = Empf. an BV 8 = Anreg. an OB
Gremium	Sitzung	Ergebnis	Z. *	
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	20.04.2010		2	

Inhalt des Antrages

1.

Der § 1 – Steuerggegenstand - wird um folgende Punkte ergänzt:

7. Die gezielte Einräumung der Gelegenheit zu sexuellen Vergnügungen in Bars, Sauna-, FKK- und Swingerclubs sowie ähnlichen Einrichtungen.
8. Das Angebot sexueller Handlungen gegen Entgelt außerhalb der in Nr. 7 genannten Einrichtungen, zum Beispiel in Beherbergungsbetrieben, Privatwohnungen, Wohnwagen und Kraftfahrzeugen

2.

In die Satzung wird der Paragraph Prostitution eingefügt

§ .. Prostitution

1. Bei Veranstaltungen nach § 1 Nr. 8 beträgt die Steuer, unabhängig von der tatsächlichen zeitlichen Inanspruchnahme und der Anzahl der sexuellen Handlungen, für jede/n Prostituierte/n 6,- EUR pro Veranstaltungstag. Es werden für jeden Kalendermonat 25 Veranstaltungstage zugrunde gelegt. Wird der Nachweis erbracht, dass weniger als 25 Veranstaltungstage im Kalendermonat stattgefunden

den haben, wird die Steuer entsprechend der Anzahl der nachgewiesenen Veranstaltungstage festgesetzt.

2. Die Abrechnung der Veranstaltungstage sowie die Selbstberechnung der Steuer hat innerhalb von 14 Kalendertagen nach Ende des Veranstaltungsmonats auf dem amtlich vorgeschriebenen Vordruck (Steueranmeldung) zu erfolgen.

Begründung

Zur Sanierung des Haushaltes ist die Erweiterung der steuerpflichtigen Vergnügungen weiterzufassen. Nicht nur in unserer Nachbarstadt Köln sind entsprechende Satzungen verabschiedet worden, sondern auch andere Städte konnten durch eine entsprechende Fassung der Vergnügungssteuersatzung eine Einnahmeerhöhung erreichen. In Frankfurt sind in 2009 rund 280.000 Euro eingenommen worden, in Köln ca. 800.000 Euro.



**Satzung der Stadt Köln über die Erhebung einer Steuer
auf Vergnügungen besonderer Art**
vom 16. Dezember 2005

in der Fassung der
**2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung einer Steuer
auf Vergnügungen besonderer Art**
vom 14. Dezember 2007

§ 1
Steuergläubiger

Die Stadt Köln erhebt nach dieser Satzung eine Vergnügungssteuer als örtliche Aufwandsteuer nach Maßgabe der in § 2 im Einzelnen aufgeführten Besteuerungstatbestände.

§ 2
Steuergegenstand

Der Besteuerung unterliegen die im Stadtgebiet veranstalteten nachfolgenden Vergnügungen (Veranstaltungen):

1. Tanzveranstaltungen gewerblicher Art;
2. Striptease, Peepshows und Tabledances sowie Darbietungen ähnlicher Art;
3. das Ausspielen von Geld oder Gegenständen in Spielclubs, Spielkasinos und ähnlichen Einrichtungen;
4. Veranstaltungen, bei denen - unabhängig von der Art der Aufzeichnung und Wiedergabe - Filme vorgeführt werden, die nicht gemäß § 14 Abs. 2 oder 7 des Jugendschutzgesetzes vom 23.07.2002 (BGBl I S. 2730) gekennzeichnet sind;
5. die gezielte Einräumung der Gelegenheit zu sexuellen Vergnügungen in Bars, Sauna-, FKK- und Swingerclubs sowie ähnlichen Einrichtungen;
6. das Angebot sexueller Handlungen gegen Entgelt außerhalb der in Nr. 5 genannten Einrichtungen, zum Beispiel in Beherbergungsbetrieben, Privatwohnungen, Wohnwagen und Kraftfahrzeugen mit Ausnahme von Straßenprostitution in Verrichtungsboxen;
7. Sex- und Erotikmessen.



§ 3 Steuerfreie Veranstaltungen

Steuerfrei sind:

1. Familien-, Betriebs- und Vereinsfeierlichkeiten sowie ähnliche geschlossene Veranstaltungen (beispielsweise von Gewerkschaften, Parteien oder Religionsgemeinschaften), zu denen grundsätzlich nur Mitglieder und Angehörige Zugang haben;
2. Veranstaltungen, die ausschließlich und unmittelbar der Förderung und Pflege des Kölnischen Karnevals dienen;
3. Veranstaltungen, deren Überschuss vollständig und unmittelbar zu gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken im Sinne der §§ 52, 53 der Abgabenordnung verwendet oder gespendet wird, wenn der gemeinnützige oder der mildtätige Zweck bei der Anmeldung nach § 15 angegeben worden ist und der verwendete oder gespendete Betrag mindestens die Höhe der Steuer erreicht;
4. der Betrieb von Musikboxen und ähnlichen Tonwiedergabegeräten sowie von Kickern, Billard, Dart und Kinderspielgeräten;
5. Veranstaltungen von Tanzschulen im Rahmen des erteilten Tanzunterrichts.

§ 4 Steuerschuldner

1. Steuerschuldner ist der Unternehmer der Veranstaltung (Veranstalter).
2. Als Unternehmer (Mitunternehmer) der Veranstaltung gilt auch der Inhaber der Räume oder Grundstücke, in oder auf denen die Veranstaltung stattfindet, wenn er im Rahmen der Veranstaltung Speisen oder Getränke verkauft oder an den Einnahmen oder dem Ertrag aus der Veranstaltung beteiligt ist.
3. Personen, die nebeneinander die Steuer schulden, sind Gesamtschuldner.

§ 5 Besteuerung nach der Fläche

1. Für Veranstaltungen nach § 2 Nr. 1 - 3, 5 und 7 wird die Steuer nach der Größe der Veranstaltungsfläche erhoben. Als Veranstaltungsfläche gelten alle für das Publikum zugänglichen Flächen mit Ausnahme der Toiletten- und Garderobenräume.
2. Die Steuer beträgt bei Veranstaltungen nach § 2 Nr. 1 für jede angefangenen zehn Quadratmeter Veranstaltungsfläche 2,50 EUR, bei Veranstaltungen nach § 2 Nr. 2, 5 und 7 für jede angefangenen zehn Quadratmeter 3,-- EUR und bei Veranstaltungen nach § 2 Nr. 3 für jede angefangenen zehn Quadratmeter 32,-- EUR.
3. Bei Veranstaltungen, die ununterbrochen länger als 24 Stunden dauern, wird die Steuer für jede angefangenen 24 Stunden erhoben.

§ 6 Prostitution

1. Bei Veranstaltungen nach § 2 Nr. 6 beträgt die Steuer unabhängig von der tatsächlichen zeitlichen Inanspruchnahme und der Anzahl der sexuellen Handlungen für jede/n Prostituierte/n 6,-- EUR pro Veranstaltungstag. Es werden für jeden Kalendermonat 25 Veranstaltungstage zugrunde gelegt. Wird der Nachweis erbracht, dass weniger als 25 Veranstaltungstage im Kalendermonat stattgefunden haben, wird die Steuer entsprechend der Anzahl der nachgewiesenen Veranstaltungstage festgesetzt.
2. Die Abrechnung der Veranstaltungstage sowie die Selbstberechnung der Steuer hat innerhalb von 14 Kalendertagen nach Ende des Veranstaltungsmonats auf dem amtlich vorgeschriebenen Vordruck (Steueranmeldung) zu erfolgen.

§ 7 Filmveranstaltungen

1. Die Steuer beträgt bei Filmveranstaltungen im Sinne des § 2 Nr. 4:
 - a) für das Vorführen von Filmen in Kinos und Filmkabinen 20 vom Hundert des Entgelts. Entgelt ist die gesamte Vergütung, die für die Teilnahme an der Vorführung erhoben wird, abzüglich der hierin enthaltenen Beträge für Speisen und Getränke oder sonstige Zugaben nach den in Betrieben vergleichbarer Art üblichen Sätzen, höchstens jedoch bis zur Hälfte des für die Teilnahme an der Filmvorführung zu entrichtenden Entgelts.
Die Abrechnung des Entgelts sowie die Selbstberechnung der Steuer hat innerhalb von 14 Kalendertagen nach Ende des Veranstaltungsmonats auf dem amtlich vorgeschriebenen Vordruck (Steueranmeldung) zu erfolgen. Wird kein Entgelt erhoben, ist eine Pauschsteuer von 3,-- EUR für jede angefangenen zehn Quadratmeter der Veranstaltungsfläche zu erheben;
 - b) in Nachtlokalen, Bars, Saunaclubs, Massagesalons und ähnlichen Betrieben für jeden angefangenen Kalendermonat 50,-- EUR je Bildschirm, Leinwand oder ähnlichem Filmbetrachtungsgerät.

§ 8 Mehrere Vergnügungen

1. Fallen bei einer Veranstaltung mehrere nach Veranstaltungsfläche zu besteuernde Vergnügungen nach § 2 zusammen, wird die Steuer für die gesamte Veranstaltung und die gesamte Veranstaltungsfläche nach dem höchsten der in § 5 aufgeführten Steuersätze berechnet.
2. Sex- und Erotikmessen unterliegen mit allen hier angebotenen Vergnügungen ausschließlich dem Besteuerungstatbestand des § 2 Nr. 7.
3. In allen anderen Fällen wird jedes Vergnügen gesondert besteuert.

§ 9 Besondere Besteuerung

1. Auf Antrag des Veranstalters kann bei Veranstaltungen im Sinne des § 2 Nr. 1 und 2 eine Besteuerung nach dem Entgelt erfolgen, wenn ein Entgelt erhoben wird. Entgelt im Sinne dieser Vorschrift ist die gesamte Vergütung, die vor, während oder nach der Veranstaltung für die Teilnahme erhoben wird, einschließlich der Vorverkaufsgebühr, der Gebühren für Kleideraufbewahrung und Programme, eines festgelegten Mindestverzehr und der Mehrwertsteuer. Unterschreitet das Entgelt einen Betrag in Höhe von 5,- EUR pro Besucher, wird der Besteuerung ein Mindestentgelt in Höhe von 5,- EUR zugrunde gelegt. Der Steuersatz beläuft sich auf zwanzig vom Hundert des Entgelts. Der Antrag ist bei der Anmeldung zu stellen, bei Dauerveranstaltungen im Sinne des § 14 Abs. 2 vor Beginn des jeweiligen Veranstaltungsmonats.
2. Auf Antrag des Veranstalters kann bei Veranstaltungen im Sinne des § 2 Nr. 3 eine Besteuerung nach dem Spieleinsatz erfolgen. Als Spieleinsatz gilt die Gesamtsumme der von den Spielern eingesetzten Geldbeträge. Die Steuer beträgt sechs vom Hundert des Spieleinsatzes. Der Antrag ist vor Beginn des jeweiligen Veranstaltungsmonats zu stellen. Ein Wechsel zur Pauschbesteuerung gemäß § 5 ist frühestens nach zwölf Veranstaltungsmonaten möglich.
3. Die Abrechnung des Entgelts nach Absatz 1 bzw. des Spieleinsatzes nach Absatz 2 sowie die Selbstberechnung der Steuer hat spätestens innerhalb von drei Werktagen nach der Veranstaltung auf dem amtlich vorgeschriebenen Vordruck (Steueranmeldung) zu erfolgen, bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen (Dauerveranstaltungen im Sinne des § 14 Abs. 2) innerhalb von vierzehn Kalendertagen nach Ende des Veranstaltungsmonats.

§ 10 Entstehung

Der Steueranspruch entsteht mit Beginn der Veranstaltung.

§ 11 Festsetzung und Fälligkeit

1. Die Steuer ist bei der Anmeldung der Veranstaltung zu entrichten. Bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen (Dauerveranstaltungen im Sinne des § 14 Abs. 2) ist die Steuer am fünfzehnten des jeweiligen Veranstaltungsmonats zu entrichten. Soweit in der Höhe der monatlich zu entrichtenden Steuer keine wesentlichen Schwankungen zu erwarten sind und der Steueranspruch nicht gefährdet erscheint, kann eine vierteljährliche Zahlungsweise vereinbart werden.
2. Wird die Steuer auf der Grundlage des § 6 oder nach dem Entgelt oder Spieleinsatz (§§ 7 und 9) berechnet, so ist diese bei Abgabe der Steuererklärung (Steueranmeldung) zu entrichten. Die unbeanstandete Entgegennahme der Steueranmeldung durch das Kassen- und Steueramt der Stadt Köln gilt als

- formloser Steuerbescheid. Entsprechendes gilt, soweit eine abweichende Regelung nach § 14 Abs. 2 letzter Satz getroffen wird.
3. Die Vergnügungssteuer, die für zurückliegende Zeiträume festgesetzt wird, ist innerhalb von sieben Kalendertagen nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.
 4. Die Steuer wird auf Antrag erstattet, wenn eine Veranstaltung nicht stattfindet und der Antrag innerhalb eines Monats ab Kenntnis des Ausfalls gestellt wird. Eine Erstattung findet nur in dem Umfang statt, in dem auch ggf. vereinnahmte Eintrittsgelder oder Entgelte zurückgezahlt wurden.

§ 12

Vorauszahlungen, Sicherheitsleistung

Die Stadt Köln, Kassen- und Steueramt, ist berechtigt, Vorauszahlungen oder Sicherheitsleistungen in der voraussichtlichen Höhe der Steuerschuld zu verlangen. Ergibt sich bei der Abrechnung der geleisteten Vorauszahlungen eine Nachzahlung, so ist diese innerhalb von sieben Kalendertagen nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten; zuviel gezahlte Beträge werden nach Bekanntgabe des Steuerbescheides unverzüglich durch Aufrechnung oder Rückzahlung ausgeglichen.

§ 13

Steuervereinbarungen

Die Stadt Köln kann abweichend von den Vorschriften der §§ 5 bis 9 den Steuerbetrag mit dem Veranstalter vereinbaren, wenn der Nachweis der steuerlich relevanten Daten im Einzelfall besonders schwierig ist oder wenn die Vereinbarung zu einer Vereinfachung der Berechnung führt.

§ 14

Anzeige- und Erklärungspflichten

1. Veranstaltungen im Sinne von § 2 sind spätestens drei Werktage vor Beginn der Veranstaltung bei der Stadt Köln, Kassen- und Steueramt, anzumelden. Bei unvorbereiteten und nicht vorherzusehenden Veranstaltungen ist die Anmeldung an dem auf die Veranstaltung folgenden Werktag nachzuholen.
2. Bei mehreren aufeinander folgenden oder regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen eines Veranstalters am selben Veranstaltungsort (Dauerveranstaltungen) ist eine einmalige Anmeldung ausreichend. Die Anmeldung hat spätestens drei Werktage vor Beginn der ersten Veranstaltung zu erfolgen. Veränderungen sind vor Beginn des jeweiligen Veranstaltungsmonats anzuzeigen. Im Einzelfall können abweichende Regelungen getroffen werden.
3. Über die Anmeldung kann eine Bescheinigung erteilt werden.
4. Zur Anmeldung sind alle in § 4 genannten Personen sowie der Inhaber der Räume oder Grundstücke, in oder auf denen die Veranstaltung stattfindet, verpflichtet.

5. Die endgültige Einstellung von Veranstaltungen ist innerhalb eines Monats nach der letzten durchgeführten Veranstaltung bei der Stadt Köln, Kassen- und Steueramt, anzuzeigen. Bei verspäteter Anzeige gilt als Tag der Beendigung der Veranstaltungstätigkeit der Tag des Eingangs der Anzeige.
6. Bei den Anmeldungen bzw. Anzeigen nach den vorstehenden Absätzen handelt es sich um Steuererklärungen im Sinne der §§ 149 ff. der Abgabenordnung. Sie können formlos, mündlich oder zur Niederschrift abgegeben werden, soweit diese Satzung im Einzelnen nichts anderes bestimmt oder im Einzelfall keine andere Bestimmung getroffen wird.
Gleichzeitig mit der Anmeldung oder Anzeige sind alle Angaben zu machen, die zur Feststellung des Steuerschuldners, einer eventuellen Steuerfreiheit nach § 3 und zur Durchführung der Besteuerung nach den §§ 5 – 8 erforderlich sind.

§ 15 Verspätungszuschlag

Die Festsetzung eines Verspätungszuschlages bei Nichtabgabe oder nicht fristgerechter Abgabe einer Steuererklärung (Steueranmeldung) erfolgt nach der Vorschrift des § 152 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung.

§ 16 Steueraufsicht und Prüfungsvorschriften

Sowohl der Veranstalter als auch der Eigentümer, der Vermieter, der Besitzer und der sonstige Inhaber der benutzten Räume oder Grundstücke sind verpflichtet, mit Dienstausweis oder besonderer Vollmacht ausgestatteten Vertretern des Kassen- und Steueramtes der Stadt Köln zur Nachprüfung der Erklärungen und zur Feststellung von Steuertatbeständen unentgeltlich Einlass in die Veranstaltungsräume, auch während der Veranstaltungen, zu gewähren.

§ 17 Straftaten / Ordnungswidrigkeiten

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 14 und 16 dieser Satzung können gemäß §§ 17 und 20 des Kommunalabgabengesetzes NRW (KAG) als Straftat bzw. Ordnungswidrigkeit verfolgt werden.

§ 18 Geltung des Kommunalabgabengesetzes und der Abgabenordnung

Soweit diese Satzung im Einzelnen nichts anderes bestimmt, sind die Vorschriften der §§ 12 - 22a des KAG und der Abgabenordnung - soweit diese nach § 12 des KAG für die Vergnügungssteuer gelten - in der jeweiligen Fassung anzuwenden.



§ 19 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01.01.2006 in Kraft. Sie ist für alle Veranstaltungen anzuwenden, die ab diesem Tag durchgeführt werden.

Vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.
(Hinweis auf § 7 GO NW nicht ins Kölner Stadtrecht übernommen.)

Köln, den 16.12.2005

Der Oberbürgermeister
gez. Schramma

- ABI StK 2005, S. 731, 2006, S. 784, 2007, S. 646 -